

Diese Einschätzung ist durchaus nachvollziehbar, weil in der Tat die Dienstvorschriften nicht regeln, wie bei einer auf Bremen möglicherweise zukommenden „Bewegungslage“ zu verfahren ist. Dies erklärt das Verhalten der Führungsbeamten aber allenfalls für die Anlaufphase des Einsatzes. Im weiteren Verlauf des Geschehens mußte sich aufdrängen, daß die Lage nur dann sachgerecht bewältigt werden konnte, wenn jeder Beamte die ihm in den Dienstvorschriften zugewiesenen Aufgaben erfüllte.

Wenn den Dienstanweisungen dennoch nicht Rechnung getragen wurde, so kann dies entweder auf Unkenntnis der Dienstanweisungen oder darauf beruhen, daß einzelne Beamte meinten, sie könnten nach Gutdünken oder deswegen davon abweichen, weil den in Rede stehenden Dienstvorschriften seitens der Amtsleitung des Stadt- und Polizeiamtes keine unbedingte Verbindlichkeit beigelegt worden war. Es spricht einiges dafür, daß sowohl das eine wie das andere der Fall war.

Der Untersuchungsausschuß hat zur Kenntnis nehmen müssen, daß POR Spychala nach eigenem Bekunden die Dienstanweisungen für den „Polizeiführungsstab“ und die Dienstanweisung „Geiselnahme“ nur „in etwa kennt“; ihm fehle „einfach die Zeit“, sich „permanent“ mit diesen Anweisungen zu befassen, das müsse er eben dann tun, wenn er in die Lage versetzt werde, polizeiliche Führungsaufgaben wahrzunehmen. Noch mehr muß erstaunen, daß POR Spychala nach den Aussagen der Zeugen LKD Möller und KHK Wilkening offenbar auch während des Einsatzes keine Veranlassung sah, sich mit den einschlägigen Dienstanweisungen zu befassen. Die genannten Zeugen haben übereinstimmend bekundet, LKD Möller habe gegen 14 Uhr POR Spychala die Dienstanweisungen hingegeben, weil KHK Wilkening gemeint habe, dies sei wohl nötig, POR Spychala habe aber die Dienstanweisung mit der Bemerkung zurückgegeben, er wisse schon, was darinstehe. Nicht hinnehmbar ist auch, daß nur wenige Führungsbeamte die Dienstanweisungen dabei hatten. Wie bereits ausgeführt, ist der Aufbau der Führungsorganisation und die Aufgabenzuweisung in den Dienstanweisungen umfassend geregelt. Es erscheint ausgeschlossen, ein derartiges Regelwerk ohne Rückgriff auf den Text anwenden zu können. Für eine sachgerechte Aufgabenbewältigung war es deshalb unabdingbar, die Dienstvorschriften jederzeit verfügbar zu haben, zumal dies auch ermöglicht hätte, katalogmäßig abzuprüfen, ob alle Aufgabebereiche abgedeckt wären.

Angesichts eines solchen Umganges mit den Dienstanweisungen sowie der schon oben angesprochenen, im Kreis der Führungsbeamten offenbar verbreiteten Auffassung, man könne von den Dienstanweisungen bedenkenlos abweichen, erscheint es verfehlt, insoweit ausschließlich individuelles Fehlverhalten zu konstatieren. Vielmehr besteht der Verdacht, daß das Verhalten der Beamten auf eine generelle Haltung zurückzuführen ist, die von der Amtsleitung des Stadt- und Polizeiamtes entweder nicht erkannt oder der nicht, jedenfalls nicht entschieden genug, entgegengewirkt wurde. Nach Auffassung des Untersuchungsausschusses spricht mehr für letzteres. Wenn die Amtsleitung des Stadt- und Polizeiamtes, wie schon näher ausgeführt, eine Führungsstruktur duldete, die nicht in vollem Umfang aus dem Wortlaut der Dienstanweisungen ableitbar war, also hinnahm, wie es PP a. D. Diekmann ausgedrückt hat, daß ein Stab in „einer etwas unkonventionelleren Art“ geführt wurde, liegt es nahe, daß aus der Sicht der Beamten der Grad der Verbindlichkeit solcher Dienstanweisungen herabgesetzt wurde. Dann aber müßte der Amtsleitung des Stadt- und Polizeiamtes ein erhebliches Maß an Mitverantwortung für den desolaten Zustand der Führungsorganisation am 17. 8. 1988 zugewiesen werden.

5. Einsatzkoordination durch das Lagezentrum

Die geschilderten organisatorischen Mängel mußten nahezu zwangsläufig in eine weitgehend ungeordnete Tätigkeit des Lagezentrums münden, zumal es an der Bereitschaft oder Fähigkeit zur Kooperation fehlte. Hinzu kamen individuelle Nachlässigkeiten und Versäumnisse. Die Anwesenheit von nicht im Lagezentrum benötigten Personen hätte unterbunden werden müssen. Schließlich war die Information der eingesetzten bremischen Kräfte ungenügend.

a) Zusammenarbeit im Lagezentrum

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann die Zusammenarbeit im Lagezentrum, speziell die zwischen LKD Möller und dem — hier untechnisch verstandenen — Führungsstab, nur als katastrophal schlecht bezeichnet werden. Keiner der insoweit vernommenen Beamten hat sich positiv zur Tätigkeit des Lage-

zentrums geäußert. Im Gegenteil, mehrere Beamte haben heftige Kritik vorgebracht und dabei zum Teil in äußerst scharfer Form Schuldzuweisungen vorgenommen.

Die Zeugen POR Spsychala, POR Waldschmidt, KOR Steinwald, POR Ring und POR Schmöe machen in erster Linie das Führungsverhalten von LKD Möller für die auch von ihnen als völlig ungenügend bewertete Zusammenarbeit im Lagezentrum verantwortlich. Generell wird von ihnen bemängelt, daß es an der nötigen Kooperation gefehlt habe und der Stab weitestgehend von Informationen abgeschnitten gewesen sei.

Der Zeuge POR Spsychala hat ausgesagt, LKD Möller habe sich mit den Beamten POR Gerber und PHK Jäger „überwiegend“ am Funktisch aufgehalten, was dazu geführt habe, daß den am Lagetisch versammelten Stabsmitgliedern sowohl eingegangene Informationen als auch angeordnete Maßnahmen des Polizeiführers teilweise nicht bekannt geworden seien. Gemeinsame Lagebesprechungen hätten nicht stattgefunden; er (POR Spsychala) habe dreimal vergeblich versucht, LKD Möller an den Lagetisch zu bekommen, damit man gemeinsam beraten und sich einen Lageüberblick hätte verschaffen können; er bedaure im nachhinein, nicht massiver vorgegangen zu sein: „Ich hätte ihn notfalls an den Tisch ziehen müssen.“ Auch die Zeugen POR Waldschmidt und KOR Steinwald haben bekundet, LKD Möller habe sich zuviel am Funktisch aufgehalten, so daß seine Absichten nicht hinreichend erkennbar geworden und Aufträge an den Stab ausgeblieben seien. Nach der Aussage des Zeugen POR Ring hielt sich der PF „sehr häufig“ bzw. „ganz überwiegend“ am Funktisch auf und sei deshalb für Gespräche am Lagetisch nicht greifbar gewesen. Da er den Stab nicht mit Aufgaben betraut, keine Vorgaben gemacht und auch nicht aufgefordert habe, die Lage zu beurteilen und Entscheidungsmöglichkeiten herauszuarbeiten, sei bei den etatmäßigen Mitgliedern des Führungsstabes der Eindruck entstanden, LKD Möller lege auf die Zusammenarbeit mit dem Führungsstab keinen Wert. Das steht auch für POR Schmöe fest, und er hat ergänzend bemerkt, deshalb „agierte dieser bremische Verantwortliche an allen für ihn interessanten Fronten selbst“.

LKD Möller hat die schlechte Zusammenarbeit mit dem Führungsstab nicht in Abrede gestellt, die gegen ihn insoweit erhobenen Vorwürfe aber zurückgewiesen: Es sei nicht seine Aufgabe gewesen, den Stab mit Informationen zu versorgen; vielmehr hätte der Stab Informationen sammeln, aufarbeiten und an ihn geben müssen. Im übrigen seien bis etwa 19 Uhr alle Informationen über die Standleitung aus Gladbeck und damit von POR Waldschmidt gekommen; deshalb habe er zunächst keine Veranlassung gehabt, sich am Funktisch aufzuhalten, und auch Lagebesprechungen seien nicht notwendig gewesen. Später sei er zwei Aufrufen POR Spsychalas, an den Lagetisch zu kommen, gefolgt; beide Male habe man ihm keine Lagebeschreibung geben können, so daß er sich zum Funktisch begeben habe, um dort aktuelle Informationen zu bekommen. Dies habe ihm gezeigt, daß im Stab irgendetwas nicht funktioniere. Er habe das jedoch nicht für symptomatisch gehalten, aber „jetzt fällt es mir wie Schuppen von den Augen“.

Die Aussagen anderer Zeugen ergeben ein differenzierteres Bild von der Zusammenarbeit im Lagezentrum. So hat der Zeuge LPD Lohse zwar bestätigt, daß keine Lagebesprechungen durchgeführt worden seien, er hält dies aber im Hinblick auf die im Verlaufe des Einsatzes aufgekommene Hektik für genauso verständlich wie den Aufenthalt von LKD Möller am Funktisch, was mit dessen Befürchtung, er könnte nicht ausreichend mit Informationen versorgt sein, zu erklären sei. Nach der Aussage des Zeugen KHK Wilkening war LKD Möller nicht „überwiegend“, sondern nur dann am Funktisch, „wenn die Sache dramatischer wurde“. Auch dieser Zeuge hat bekundet, daß die auf Wunsch von POR Spsychala begonnenen Lagebesprechungen abgebrochen worden seien, weil der Stab keine Lagebeiträge habe leisten können. Der Zeuge KHK Klußmann hat angegeben, er habe im Lagezentrum weder von einer Führung etwas gespürt noch registriert, daß POR Spsychala von seiner Leiterfunktion Gebrauch gemacht habe. „Guten Kontakt“ sowohl zum Polizeiführer als auch zu POR Spsychala hatte eigenen Angaben zufolge der Zeuge PHK Jäger. Auch der Zeuge KR Mordhorst hat sich nicht über mangelnde Information durch den Polizeiführer beklagt.

Die genannten Aussagen stimmen jedenfalls insoweit überein, als alle Zeugen davon ausgegangen sind, daß die Funktionsfähigkeit des — wiederum untechnisch verstandenen — Führungsstabes nicht hergestellt werden konnte und er daher als Hilfsmittel für den Polizeiführer weitgehend ausfiel. Sicher ist auch, daß zumindest im späteren Verlauf des Einsatzes der Informationsfluß sowohl in den Stab als auch von dort zum Polizeiführer gestört, wenn nicht sogar gänzlich unterbrochen

war, die Stabsmitglieder deswegen teilweise desorientiert und folglich nicht in der Lage waren, für den Polizeiführer konzeptionelle Vorschläge zu erarbeiten. Mit Ausnahme der Einsatzphasen, in denen das Lagezentrum seine Informationen vor allem über die Standleitung aus Gladbeck bezog, handelte es sich im wesentlichen um eine „reine Funklage“ (so der Zeuge POR Spychala), in der sich die Informationsverarbeitung nicht in den nach den Dienstvorschriften vorgegebenen Bahnen, d. h. unter Beteiligung des Führungsstabes, konkret: des Stabsbereiches Lagezentrum, vollzog. Der Zeuge PHK Kittel hat dies anschaulich geschildert, indem er bekundet hat, beim Eingang von Funksprüchen sei es wie „eine Welle, eine Woge“ gewesen, „dann rannte alles zum Funktisch hin, um ja alles mitzuhören, und dann wieder zurück“.

Die Beweisaufnahme läßt weiter erkennen, daß LKD Möller nur wenig mit dem Stab, vielmehr überwiegend mit den Verbindungsbeamten zum MEK, SEK und zur Verhandlungsgruppe zusammenarbeitete. Ob dieses Führungsverhalten Ursache oder Folge der mangelnden Funktionsfähigkeit des Stabes war, läßt sich nicht beantworten, da LKD Möller dem gegen ihn erhobenen Vorwurf, er habe Beratung und Unterstützung durch den Stab nicht annehmen wollen, substantiiert und unwiderlegt mit dem Hinweis auf Pannen in der Stabsarbeit entgegengetreten ist. Kann der Untersuchungsausschuß mithin keine ausschließliche individuelle Verantwortlichkeit für die schlechte Zusammenarbeit im Lagezentrum feststellen, so gibt es doch Hinweise auf individuelle Fehler. Von weitaus größerer Bedeutung sind jedoch Mängel, insbesondere struktureller Art, die bereits vor dem 16. 8. 1988 hätten erkannt und beseitigt werden müssen.

Aufgrund der Beweisaufnahme muß der Untersuchungsausschuß davon ausgehen, daß die Fehlentwicklungen in den Arbeitsabläufen des Lagezentrums nicht erst in der Aufarbeitung des Einsatzes aufgedeckt worden sind, sondern für die beteiligten Beamten bereits während des Einsatzes erkennbar waren und von ihnen tatsächlich auch überwiegend erkannt wurden.

Es ist unverständlich, daß keiner derjenigen Beamten, die im Lagezentrum mit einer Funktion betraut waren, auf eine Änderung hinwirkte. LKD Möller brachte zwar, wie der Zeuge KHK Wilkening ausgesagt hat, seine Verärgerung zum Ausdruck, und POR Spychala äußerte nach eigenem Bekunden Unmut, der soweit ging, daß er sogar erwog, das Lagezentrum zu verlassen: „Wenn die Kommunikation hier nicht bald besser wird, packe ich meine Klamotten ein . . . und gehe nach Hause. Ich weiß nicht, was ich hier noch soll.“ Überlegungen, wie die Zusammenarbeit im Lagezentrum hätte anders und besser gestaltet werden können, wurden aber nicht angestellt; jedenfalls hat kein Zeuge darüber etwas bekunden können.

Es mag sein, daß eine Neuordnung der Arbeitsabläufe im Lagezentrum in den Abendstunden des 17. 8. 1988 angesichts der sich überstürzenden Ereignisse nicht mehr möglich war. In der Zeit zuvor bestand jedoch hinreichend Gelegenheit dazu. Wenn gleichwohl nichts geschah, liegt der Verdacht nahe, daß man im Lagezentrum in der Hoffnung lebte, die Lage würde in Bremen nicht stationär werden, und man deshalb meinte, auf eine sachgerechte Führungsarbeit nicht die nötige Sorgfalt verwenden zu müssen. Sollte diese, auch von einigen Zeugen vorgetragene, allerdings nicht nachprüfbare Erklärung für die Situation im Lagezentrum zutreffen, so wäre den Führungsbeamten vorzuwerfen, daß sie ihrer dienstlichen Verantwortung nicht in vollem Umfang gerecht geworden wären. Dafür, daß die Zusammenarbeit im Lagezentrum unter persönlichen Differenzen litt, wie Generalstaatsanwalt a. D. Wendisch in seinem Bericht (S. 13) angenommen hat, hat die Beweisaufnahme keine hinreichenden Anhaltspunkte ergeben.

Die Zusammenarbeit im Lagezentrum mußte nach Überzeugung des Untersuchungsausschusses aber vor allem an den Unklarheiten über die Führungsstruktur scheitern. Während LKD Möller seiner Aussage zufolge von den Beamten POR Spychala, POR Waldschmidt, POR Ring und KOR Steinwald Stabstätigkeit erwartete, verstanden sich diese nicht als Stab und waren mangels entsprechender Organisation auch nicht in der Lage, die dem Führungsstab obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Das kann nicht überraschen. Denn wer seine Funktion nicht kennt, wird schwerlich imstande sein, die dieser Funktion zugeordneten Aufgaben wahrzunehmen. Die Beamten POR Spychala, POR Waldschmidt, POR Ring und KOR Steinwald hatten offensichtlich auch keine konkreten Vorstellungen darüber, welche Funktionen sie in dem von ihnen als angewandt vermuteten „Bremer Modell“ zu übernehmen gehabt hätten. Die Begriffe „Kollegialorgan“ und „stabsähnliches Gebilde“ bringen insoweit wenig Erhellendes; allenfalls läßt sich vermuten, daß die Funktionen nach Absprache besetzt werden sollten. Solche Absprachen gab es aber nicht in dem erforderlichen Umfang. Daß bei einer derart

ungeklärten Führungsverantwortung einzelner Beamter diese sich alsbald „in der Luft hängend“ fühlten, wie es der Zeuge POR Ring formuliert hat, und daß die Einsatzabwicklung im wesentlichen über die mit konkreten Aufgaben ausgestatteten Verbindungsbeamten lief, erscheint nahezu zwangsläufig. Dies gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, daß, wie der Zeuge LPD Lohse bekundet hat, die etatmäßigen Mitglieder des Führungsstabes nur sehr selten in solchen Führungsfunktionen tätig sind. Der Zeuge POR Spychala hat das für seine Person bestätigt und darauf hingewiesen, daß er im Stadt- und Polizeiamt Datenschutzbeauftragter und Koordinator für Umweltschutz sei. Daß er vor diesem Hintergrund nicht in der Lage ist, eine Führungsfunktion bei einer Geiselnahme so sachgerecht auszuführen, wie es einem ständig mit Führungsaufgaben betrauten Beamten möglich wäre, liegt auf der Hand. Deshalb ist unverzichtbar, daß die für den Führungsstab vorgesehenen Kräfte, wie es der Zeuge KOR Krupski postuliert hat, „in der Stabsarbeit allgemein ausgebildet und in ihre Funktion speziell eingewiesen“ werden. Daran hat es aber offenbar gefehlt, denn, so hat der Zeuge KOR Krupski hinzugefügt, Stabsarbeit sei etwas relativ Neues bei der Polizei und noch nicht genügend eingeübt.

Schon im Erfahrungsbericht über die im Jahre 1984 durchgeführte Polizeiübung „Hanse“ wurde die mangelnde Fähigkeit von Beamten kritisiert, die ihnen im Führungsstab übertragenen Aufgaben zu erfüllen (UA-Akte 22, S. 23), und hervorgehoben, daß eine Schulung der Stabsmitglieder erforderlich sei (a.a.O., S. 26). Abgesehen davon hätte sich aufdrängen müssen, daß eine personelle Besetzung des Führungsstabes mit Beamten, die nicht über hinreichende Einsatzerfahrung verfügen und auch nicht in der Stabsarbeit geübt sind, nicht sachgerecht ist. Der Zeuge LPD Lohse hat dazu zutreffend bemerkt, man könne von einem Beamten, der an 364 Tagen im Jahr eine mehr bürokratische Tätigkeit ausübe, nicht erwarten, daß er am 365. Tage erfolgreich Stabsarbeit leisten könne. Der Zeuge LPD Lohse war es auch, der diesen Strukturmangel in einem Schreiben vom 15. 2. 1988 an die Amtsleitung des Stadt- und Polizeiamtes näher dargelegt und Vorschläge zu seiner Beseitigung vorgelegt hat. (UA-Akte 73, Teil A).

In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Nicht bewähren kann sich nach meiner Erfahrung . . . eine Stabsarbeit, die nicht auf der täglichen Zusammenarbeit basiert. Insbesondere in außergewöhnlichen Lagen kommt es darauf an, daß Abläufe und Verfahrenstechniken nicht erst geübt, sondern nahezu blind praktiziert werden. Die derzeitige Stabsbesetzung im Stadt- und Polizeiamt kehrt dieses Prinzip genau um. Diejenigen Bediensteten, die selten oder nie in ‚echten‘ Lagen ständig miteinander arbeiten und in der Alltagssituation entbehrlich erscheinen, werden in Sonderlagen zusammengefaßt und sollen nur Stabsfunktion ‚spielen‘. Wesentlich effektiver wäre es, die in der Alltagsorganisation funktionierenden Stäbe bei Sonderlagen ‚hochzufahren‘, um die zahlenmäßig möglicherweise zunehmende Arbeit dieser Lage zu bewältigen und den alltäglichen Dienst anderen, weniger geübten Kräften zu überlassen.“

Der Zeuge KR Mordhorst hat sich in einem ebenfalls an die Amtsleitung des Stadt- und Polizeiamtes gerichteten Schreiben vom 15. 3. 1988 ähnlich geäußert und die These aufgestellt, daß die Einrichtung eines ständigen Führungsstabes sinnvoll wäre (UA-Akte 73, Teil B). Dem Untersuchungsausschuß erscheinen die Äußerungen der Zeugen LPD Lohse und KR Mordhorst, denen im wesentlichen auch der Zeuge PP Lücken beigetreten ist, überzeugend.

b) Anwesenheit von nicht am Einsatz beteiligten Personen im Lagezentrum

Im Verlaufe des Einsatzes waren zeitweise etwa 27 Personen im Lagezentrum anwesend, von denen aber nur etwa 16 Personen unmittelbar mit der Einsatzabwicklung befaßt waren (UA-Akte 19).

Zu den Anwesenden zählten zeitweise auch Bürgermeister Wedemeier, der damalige Innensenator Meyer und der damalige Bürgerschaftsabgeordnete und Sprecher der Innendeputation und heutige Senator Sakuth. Bürgermeister Wedemeier hat als Zeuge bekundet, er sei um 20.30 Uhr im Lagezentrum eingetroffen und dort bis kurz nach Mitternacht geblieben; er sei in keiner Form an Entscheidungsfindungen im Lagezentrum beteiligt gewesen. Senator a. D. Meyer traf nach eigenem Bekunden etwa um 14.40 Uhr im Lagezentrum ein und hielt sich dort den ganzen Tag über auf. Er sei der Meinung gewesen, ein Bremer Innensenator müsse in einer solchen Situation an der Seite der Polizei sein. Auch er habe zu keinem Zeitpunkt in den Ablauf des Geschehens eingegriffen, allerdings wiederholt Fragen gestellt. Er habe seine Rolle im Lagezentrum von Anfang an als Beobachter angesehen und sich deswegen auch räumlich zurückgehalten. Senator Sakuth hat ausgesagt, er sei erst gegen 22.45 Uhr ins Lagezentrum gekommen und dort bis